

Rede zur Aktuellen Debatte zur Stadtratssitzung am 17. Januar 2008  
"Pflegerische und wirtschaftliche Situation in dem EB SSW bzw. der  
gGmbH Wohnen und Pflegen"

Wigbert Schwenke  
stellv. Vorsitzender der Fraktion der CDU im  
Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg

[Es gilt das gesprochene Wort]

Liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen,

es ist im Vorfeld schon gesagt worden, so richtig freut sich über die Debatte keiner. Wir hatten in der Fraktion auch schon diskutiert, ob wir den Antrag zur Debatte stellen. Ich habe eigentlich davon abgeraten, denn wir haben zum jetzigen Zeitpunkt mehr Fragen als Antworten, und ob es uns wirklich in der Sache weiterhilft, weiß man auch nicht. Auf der anderen Seite ist es aber notwendig, dass wir darüber reden, was hier passiert ist, denn dass, was passiert ist, ist ein außerordentlicher Imageschaden für die Stadt. Mir ist es passiert, dass ich Anrufe bekam aus Münster/Westfalen und aus Gera. Ich zitiere, bitte nicht, dass ich das gesagt hätte: „Was wir für versiffte Altersheime denn in Magdeburg hätten“. Und das finde ich erschreckend. Diese Aussage ist in den Köpfen der Menschen und das können wir uns als Stadt nicht leisten.

Ich erinnere mich auch an die Diskussion vor ungefähr drei Jahren, als es darum ging, das Haus zu übernehmen. Ich will jetzt nicht die alten Kämpfe aufleben lassen, dass wir als Fraktion dagegen waren, das alte Haus zu übernehmen. Dass die baulichen Voraussetzungen nicht die besten waren, ist ja allgemein gekannt und ob der Beschluss sehr klug war, bleibt auch wirklich zu hinterfragen. Ich habe aber auch noch ein paar Fragen zu den Zahlen, zum Geld, das damals geflossen ist. Ich kann mich erinnern an die Diskussion von damals, da wurde auch von den Leuten, die dafür waren, dass wir das Haus übernehmen, vehement dafür gestritten, dass dort die Kommune für ihre älteren Bürger da sein muss und auch dafür eine soziale Verpflichtung haben muss. Mit dem Hinweis, freie Träger oder Private wären da doch eher gewinnorientiert und würden doch eher etwas nachlässiger mit der Pflege der älteren Menschen umgehen. Jetzt haben wir den Effekt, dass ein kommunales Heim geschlossen wird und das ist schon bitter. Und wenn man das dann leider aus der Presse erfahren muss und leider nicht, und das ist die Kritik an Sie, Herr Oberbürgermeister und Frau Bröcker vor allen Dingen, die Chance am 10. Dezember 2007 genutzt worden ist, in der Ratssitzung, wenigstens in der Nichtöffentlichkeit darauf hinzuweisen, dass da ein großes Problem auf uns zukommt, dann ist das

nicht in Ordnung. Denn dass da ein großer Aufstand in der Presse kommt, war abzusehen. Diese Information ist leider nicht erfolgt. Ich hab dies dann am nächsten Tag aus der Presse erfahren müssen. Und wenn ich die Pressemitteilung des Landesverwaltungsamtes lese, wo steht, ich zitiere: „Mit der Schließung des Altenpflegeheimes zieht das Landesverwaltungsamt die Notbremse. In den vergangenen Jahren war bei den turnusmäßigen aber auch bei zahlreichen auf Grund von Beschwerden durchgeführten zusätzlichen Kontrollen erhebliche Defizite und Unregelmäßigkeiten bei der Pflege, der Betreuung aber auch bei der Ausstattung der Einrichtung und bei den erforderlichen hygienischen Bedingungen festgestellt worden. Umfangreiche Beratungen brachten nicht die notwendigen Verbesserungen“, dann ist das für mich schon ein Alarmsignal. So was darf und das haben sie richtig gesagt, das darf auf keinen Fall wieder passieren. Hier müssen die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden, die so etwas in Zukunft verhindern. Wer mir da besonders leid tut, neben den Bewohner natürlich, die da möglicherweise wirklich unter sehr schlechten Bedingungen leben mussten und die jetzt auch noch den Stress eines Umzuges mitmachen müssen, was auch wieder Stress und Belastung bedeutet, da tun mir auch ganz besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leid. Ich gehe davon aus, dass die Damen und Herren sich auf Deutsch gesagt für die alten Leute den Arsch aufgerissen haben. Sicherlich Frau Bröcker, hat das auch was mit Pflegestrukturen, mit Personalschlüsseln zu tun, aber wenn ich weiß, dass fast 1/3 der Belegschaft zwischenzeitlich krankgemeldet waren, dann denke ich, hätte man schon eher reagieren müssen, um zu fragen, woran das liegt. Krankmeldungen sind im Regelfalle, zumindest was das Ausmaß anbelangt, auch Folgen von nicht sachgerechter Personalführung und das tut mir ganz besonders leid, denn dies ist bisher nicht genannt worden. An dieser Stelle denke ich mal, ist dieses Gespräch, diese Debatte notwendig, um sich auch gegenüber den Beschäftigten ein Stückchen solidarisch zu zeigen, denn sollten jetzt wirklich aufgrund von Umstrukturierungen Entlassungen notwendig sein, dann haben die Damen und Herren, die sich wo anders bewerben in ihrer Vita stehen: Letzte Arbeitsstätte – Heim „Am Luisengarten“. Mag man sich seinen Teil denken, was das für die Mitarbeiter heißt und denen unterstelle ich mal, dass die ihr bestes gegeben haben.

Fragen, die ich habe, stelle ich auch deshalb, weil das Thema demnächst zum Thema auch im Sozialausschuss des Landtages werden wird. Ich bin ja stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. Auch den Landtag erzielte dieses Thema, auch dies belegt, wir müssen hier schon über dieses Thema diskutieren, wir müssen so schnell wie möglich die richtigen Antworten geben. Die Ausrede, auch in der Stellungnahme an den Betriebsausschuss durch Herrn Klamm, Frau Bröcker, hat es auch andeuten lassen, dass da möglicherweise ein wenig überzogen reagiert worden ist vom MDK und von der Heimaufsicht, dass wage ich doch wirklich zu bezweifeln. Ich kenne Ausschusssitzungen, kenne Prüfberichte, auch Debatten dazu zur Genüge und da ist eigentlich eher die Kritik diese, dass zu spät reagiert wird, dass man also drei-, viermal meckern kann, kritisieren

darf, ehe wirklich Konsequenzen gezogen werden. Das ist meine Erfahrung, die ich mit Prüfberichten habe. Also so einfach sollte man es sich nicht machen. Ich denke, da sind mit Sicherheit massive Fehler passiert, ohne dass ich den MDK-Bericht o. ä. im Detail vorzuliegen habe. Hinsichtlich der Weiterleitung des Berichts gibt es rechtliche Probleme, die kenne ich alle.

Wir müssen, das haben sie richtig gesagt, für die Zukunft die richtigen Wege einschlagen, damit in den anderen kommunalen Heimen so etwas auf keinen Fall wieder vorkommt. Und: auch jeder Einzelfall ist zu viel! Aber was ich mir gewünscht hätte, wenn wir schon diese Fälle haben, was ich auch vermisst habe, was ich auch in den Presseartikeln, wie z.B. dem Interview mit Frau Bröcker in der Volksstimme, vermisst habe, ist, dass ich nicht einmal gehört habe: wir entschuldigen uns oder wir bitten um Entschuldigung, dafür, dass da Fehler gemacht worden sind. Im Gegenteil, es wurde aus meiner Sicht beschwichtigt, beschönigt, sich zurückgenommen und die Schuld bei anderen gesucht. Ich denke, eine Entschuldigung ist das Mindeste, was man machen muss. Auch dieser Einzelfall, der jetzt, ich gehe davon aus, dass es ein Einzelfall ist, im Städtischen Klinikum passierte, das erste was gemacht worden ist, vielleicht hat man gelernt, man hat sich entschuldigt. Das ist eine Menge wert und das ist auch ganz wichtig, dass man dieses Zeichen mal setzt, dass man Schuld wenigstens ein Stückchen eingesteht.

Die Fragen, die Hr. Dr. Kutschmann gestellt hat, will ich nicht wiederholen. Was für mich noch an Fragen übrigbleibt, bezieht sich natürlich auch auf die Vorgänge 2005. Wir haben damals knapp 2,4 Mio. bezahlt für das Heim. Ob das ein Schnäppchen für die Homag war, will ich heute nicht bewerten, aber wir haben damals auch einen Investitionskredit über ca. 2,7 Mio. beschlossen. Mich würde heute schon mal interessieren, wie weit dieses Geld eingefordert ist, was mit diesem Geld gemacht worden ist, wo dieses Geld geblieben ist. Ich frage mich dies auch vor folgendem Hintergrund: Damals wurde in dieser Drucksache DS0109/05 ein sehr positiver Wirtschafts- und Erfolgsplan vorgelegt. Hätte man nicht im Betriebsausschuss, mindestens die Betriebsausschussvorsitzende über die Jahre merken müssen, dass diese veranschlagten Zahlen in keinsten Weise mit der Realität übereinstimmen? Die letzten Informationen, die wir hatten, waren bei weitem nicht positiv für das Heim „Am Luisengarten“. Da frage ich mich schon, ob über die Jahre mit einem Abgleich vorgegangen worden ist zwischen den damals veranschlagten Zahlen und den realen Zahlen. Hätte man da nicht schon wesentlich eher mitkriegen müssen, dass da große Alarmsignale ausgesandt werden, dass da schon im Vorfeld Reaktionen dringend notwendig gewesen wären? Welche Informationen hatte der Betriebsausschuss? Welche Informationen hatte die Betriebsausschussvorsitzende? Oder ist es wirklich dem Heimleiter und der Betriebsleitung gelungen, das alles vor dem Aufsichtsgremium zu verheimlichen? Kann ich mir eigentlich gar nicht vorstellen, aber wenn das so ist, Junge, Junge, dann müssen wir wirklich darüber nachdenken, wie wir zukünftig mit der Aufsicht über unsere Eigenbetriebe und städtischen Betriebe umgehen. Dann

ist das eine Riesengefahr, die wir dort haben. Ein großes Risiko, welches bei anderen Gesellschaften auch bestehen könnte, wenn das so ist. Ich gehe im Regelfall davon aus, dass in den Betriebsausschüssen und Aufsichtsräten die jeweiligen Betriebsleiter und Geschäftsführer ordentlich im Sinne der Gesellschaft arbeiten. Man geht ja immer vom Positiven aus. Aber wenn das so einfach ist, dies zu umgehen, dann haben wir da ein großes Problem und dann muss über das Krisenmanagement intensivst nachgedacht werden.

Folgende Frage bleibt jetzt noch zu stellen. Wir haben den Wirtschaftsplan im Zusammenhang mit der gGmbH-Gründung auch verabschiedet. Da interessiert mich natürlich schon, jetzt mit den Problemen, die aufgetreten sind, mit der Zahlung von Honorarverträgen für Interimsgeschäftsführer, mit den Arbeitsverträgen in denen es jetzt wahrscheinlich Veränderungen gibt, mit Kündigungen o. ä., Umzugskosten o. ä., da stellt sich mir schon die Frage, wie real ist denn jetzt noch dieser Wirtschaftsplan, den wir auf den Weg gebracht haben und welche Zusatzkosten entstehen in Gänze durch diese Vorgänge und inwieweit müsse wir uns dann erneut intensiv hier noch mal mit dem ganzen Thema „Zukunft der Wohnen und Pflegen gGmbH“ beschäftigen und welche zusätzlichen Leistungen und Aufwendungen kommen auf uns zu?

Für mich bleibt als Resümee als klares Signal übrig: Wir sollten uns als Stadtrat und Verwaltung wirklich verstehen als gemeinsame Wahrer des Images der Stadt Magdeburg und dazu gehört auf allen Ebenen: Betriebsausschuss, Heimleitung, Verwaltung, Stadtrat ein vernünftiges miteinander und ein Austausch von Informationen dazu und ich denke, dann haben wir die Chance, gemeinsam so katastrophale Aussagen in der Öffentlichkeit zu verhindern und das Image der Stadt Magdeburg ein Stückchen voranzubringen.

Damit will ich es heute bewenden lassen. Ich denke wir sollten eine Lösung suchen, aber dazu gehört letztendlich eine schnellstmögliche Aufklärung der Vorgänge in der Vergangenheit.

Danke schön.